



Bundesregierung muss humanitäre Hilfe für den Kongo deutlich aufstocken

Pressemitteilung von Eva Schreiber, 13. April 2018

„4,3 Millionen Binnenvertriebene und 13 Millionen Menschen, die auf humanitäre Hilfe angewiesen sind - die Zahlen zur Hungerkatastrophe im Kongo sind erschreckend und stehen für eine der größten humanitären Katastrophen der Gegenwart. Dennoch hat die Bundesregierung bisher beschämend niedrige Hilfgelder zur Verfügung gestellt“, erklärt Eva-Maria Schreiber, Sprecherin für Welternährungspolitik der Fraktion DIE LINKE und Obfrau im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, anlässlich der heute in Genf tagenden internationalen Geberkonferenz zum Kongo. Schreiber weiter:

"Es ist zu begrüßen, dass die Kongo-Krise endlich auf der Agenda der internationalen Staatengemeinschaft steht, nach dem sie viel zu lange totgeschwiegen wurde und in der Öffentlichkeit kaum vorkommt. Die UN und Hilfsorganisationen beziffern den Bedarf für 2018 auf rund 1,4 Milliarden Euro. Leider sieht es danach aus, dass wie bei den früheren

Geberkonferenzen nur ein Bruchteil der Hilfszusagen auch wirklich zusammenkommt und die zugesagten Mittel dann nicht mal fließen. Bis dato sind die Kosten erst zu einem Achtel finanziert. Ende vergangenen Jahres mussten Nahrungsmittelhilfen für zwei Monate gekürzt werden.

DIE LINKE fordert die Bundesregierung angesichts der Hungerkatastrophe dazu auf, ihre Hilfszahlungen, die 2017 bei 24,3 Millionen Euro lagen, deutlich aufzustocken. Die Bundesregierung darf nicht vor den Einschüchterungsversuchen des kongolesischen Präsidenten Kabila einknicken, der Regierungen dazu auffordert, der Konferenz fernzubleiben. Der Kongo steht in der Pflicht, an der Geberkonferenz teilzunehmen. Die notleidenden Menschen im Kongo dürfen nicht allein gelassen werden."